

JÖRG ROESLER

Die DDR in den neunziger Jahren. Eine Animation

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Alternativen zu Entwicklungen, die sich real bereits vollzogen haben.

Das ist m.E. ein durchaus berechtigtes Anliegen. Denn die angebliche Alternativlosigkeit der Geschichte – die Feststellung, daß es so, wie es kam, auch kommen mußte, die Ausblendung von möglichen Alternativen – ist eine relativ häufige und vor allem immer wieder wirksame Variante der Geschichtsmanipulation.

Sie ist von seiten der Macher der deutschen Einheit immer wieder strapaziert worden. Vor allem, um die heute von den Annalisten und Kommentatoren jeglicher Couleur fast ausnahmslos als verhängnisvoll bezeichneten Folgen der zu rasch und unter sehr ungünstigen Bedingungen für Ostdeutschland vollzogenen Währungsunion zu rechtfertigen.

Da für sie kaum ernsthaft wirtschaftliche Argumente herangezogen werden können, halten sich die Rechtfertiger vor allem an politische. Es habe nur eine bestimmte relativ kurze Zeit eine besondere außenpolitische Situation (Gorbatschow in der Sowjetunion noch an der Macht) gegeben, in der – von den entscheidenden internationalen Bedingungen her – die deutsche Einheit hätte vollzogen werden können.

In diesem Beitrag soll es jedoch nicht in erster Linie darum gehen, ob die überstürzte Währungsreform keine Alternativen hatte – dazu ist schon wiederholt geschrieben worden –, sondern um die Frage, ob die DDR als selbständiger Staat wirtschaftlich hätte weiter existieren können, wenn ihr politisch dazu Gelegenheit gegeben worden wäre.

Mit einer derartigen Chance rechnete man noch im Januar 1990 – auf beiden Seiten. Man braucht sich also nur vorzu stellen, daß es der eingefleischten Einheitsgegnerin Margaret Thatcher gelungen wäre, den schwankenden François Mitterrand auf ihre Seite zu ziehen und gemeinsam George Bush klarzumachen, daß eine Kräfteverschiebung, wie sie ein vereinigtes Deutschland darstellen würde, weder die NATO noch die Europäische Gemeinschaft unbeschädigt lassen würde. Dann wäre die Währungsunion, egal wie Gorbatschow zur deutschen Einheit gestanden hätte, eine Möglichkeit mit ferner Zukunft geblieben und die deutsch-deutschen Beziehungen wären auf die Basis der von DDR und Bundesregierung bis Mitte Januar erarbeiteten, sich nicht wesentlich unterscheidenden Vorstellungen für eine deutsche Vertragsgemeinschaft gestellt worden.

Jörg Roesler – Jg. 1940,
Prof. Dr., Berlin.
Studium der Wirtschaftsge-
schichte an der Humboldt-
Universität zu Berlin;
Forschungen zur Wirtschafts-
geschichte der DDR und der
osteuropäischen Länder.

»Die deutsche Einheit würde ... das wirtschaftliche Gleichgewicht der EG zerstören, in der Westdeutschland ohnehin schon dominierend sei.« Vorlage des Ministerialdirektors Teltshik an Bundeskanzler Kohl über ein von Margaret Thatcher dem Wall Street Journal am 25. Januar gegebenes Interview, in: Deutsche Einheit. Sonderedition des Bundeskanzleramtes, Köln 1991, S. 719.

Aus dem Protokoll der Gesprächsrunde in Chequers am 24. 4. 1990, zu der die britische Premierministerin Thatcher eingeladen hatte: »Wir könnten nicht erwarten, daß ein vereinigtes Deutschland exakt so denken und handeln werde wie die Bundesrepublik, die wir in den vergangenen 45 Jahren kennengelernt haben. Wir könnten nicht von der Annahme ausgehen, daß ein vereinigtes Deutschland sich ebenso bequem in Westeuropa einfügen lasse wie die BRD.« Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 161.

Die Weiterexistenz einer politisch und wirtschaftlich reformierten DDR war eine von der Bürgerbewegung und der SED-Opposition im Herbst 1989 getrennt vorgetragene Forderung, die zunächst auch auf eine Mehrheit in der Bevölkerung hatte rechnen können.

Aber war das wirtschaftlich eine realistische, eine realisierbare Forderung?

Hätte die DDR mit einem »dritten Weg« – zwischen zentralistischer Planwirtschaft der Vergangenheit und der seit den neunziger Jahren weltweit sich ausbreitenden radikalen Marktwirtschaft (»Motto: je weniger Staatseingriffe in die Wirtschaft, um so besser«) – überhaupt Überlebenschancen gehabt?

Folgt man dem mainstream der bestellten bundesdeutschen ökonomischen und historischen Forschung, dann bestand diese Chance nicht. Denn, so tönt es da immer wieder, die DDR war 1989 am Ende. Sie implodierte politisch und kollabierte wirtschaftlich.

An dieser Stelle macht es Sinn zu fragen: Was ist das überhaupt – ein wirtschaftlicher Kollaps? Definiert ist er nirgends – wie viele Begriffe, die in der Öffentlichkeit, auch in der wissenschaftlichen, ganz selbstverständlich genutzt werden.

Versucht sei einmal eine Bezugnahme auf die medizinische Definition: Danach ist ein Kollaps ein plötzlicher Kräfteverfall, hervorgerufen durch Herzschwäche oder Lähmung des Gefäßnervensystems.

Die medizinische Definition hilft tatsächlich weiter und führt uns zu dem in der Wirtschaftsgeschichte bekannten und in seinen Auswirkungen beschriebenen Begriff der Wirtschaftslähmung. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß trotz Vorhandenseins entsprechender materieller und personeller Kapazitäten und oft auch der benötigten Materialien das bisherige Steuerungssystem der Verflechtungen zwischen den wirtschaftenden Einheiten eines Landes untereinander und mit Betrieben im Ausland aufhört zu funktionieren. Die Produktion sinkt dadurch rasch, manchmal schlagartig auf die Hälfte oder sogar einen Bruchteil ihres früheren Niveaus, obwohl die Faktoren des Produktionsprozesses (Arbeit, Material, Anlagen) durchaus weiter vorhanden sind.

Der historisch vorletzte Fall dieser Art in Deutschland trat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ein. Auf dem Boden der späteren DDR war im Jahre 1945 die Industrieproduktion auf 16 Prozent des Vorjahresniveaus abgesunken, während die Kriegszerstörungen an Produktionsmitteln (die sogenannte Kriegssachschadensquote) lediglich 15 Prozent betrug, also 85 Prozent der Anlagen (vor den vor allem 1946 durchgeführten Demontagen) noch standen. Auch die Bevölkerungsverluste hielten sich in Grenzen. Im Ergebnis des Einströmens von Umsiedlern und Vertriebenen waren die Verluste an Humankapital relativ rasch ausgeglichen.

Es war also nicht das Ausmaß der Zerstörung, sondern die Lähmung des »Gefäßnervensystems« der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, die die Produktion auf etwa ein Sechstel verminderte.

Einen zweiten wirtschaftlichen Kollaps hat nun das Gebiet zwischen Elbe/Saale und Oder zu DDR-Zeiten erlebt. Der Zeitpunkt läßt sich exakt ermitteln: Juli/August 1990. Die Industrieproduktion der DDR, die im 2. Quartal 1990 noch 92 Prozent des Niveaus

von 1989 betragen hatte, sank im Juli schlagartig auf 56 Prozent und im August auf 47,9 Prozent, d.h. um fast die Hälfte gegenüber dem II. Quartal 1990. Ohne Zweifel war erneut eine Wirtschaftslähmung eingetreten. Innerhalb des nächsten Halbjahres verringerte sich die ostdeutsche Industrieproduktion noch weiter auf ein Drittel des Standes von 1989.

Hauptursache des Kollapses war die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Sie trat bekanntlich am 1. Juli 1990 in Kraft. Mit ihr gab allerdings die DDR auch ihre Wirtschaftshoheit auf. Verantwortlich für die eingetretene Wirtschaftslähmung war demzufolge bereits der andere deutsche Staat.

Diese Aussage wird überwiegend heftig bestritten, aber ihre Richtigkeit läßt sich nachweisen. Dieser Nachweis ist sogar relativ einfach zu führen: In den östlichen Nachbarländern der DDR wurden zwar zu Beginn der Transformation auch die künstlich hochgehaltenen Kurse korrigiert, die Binnenwährungen abgeschafft und die Märkte geöffnet, aber doch so, daß – selbst im Falle von Balcerowicz' Schocktherapie in Polen – ein wirtschaftlicher Kollaps vermieden werden konnte. Es kann angenommen werden, daß der wirtschaftliche und politische Sachverstand einer selbständig gebliebenen DDR auf ähnliche Weise und mit ähnlichen Ergebnissen mit dem Problem des Eintritts des Landes in den Weltmarkt fertig geworden wäre.

Die für das Thema wichtige Schlußfolgerung lautet: Der tatsächlich eingetretene Kollaps der DDR-Wirtschaft hätte von einer selbständig gebliebenen DDR auf dem Wege zu einer – wie es in dem im Januar 1990 veröffentlichten Wirtschaftsreformprogramm der Modrow-Regierung hieß – »sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft« durchaus vermieden werden können.

Gewiß, für den Moment des Einstiegs in marktwirtschaftliche Reformen ist das vielleicht schon denkbar, aber auf Dauer? werden Skeptiker fragen. Wenn – wie es ein halbes Jahr später eintrat – die für die DDR so enorm wichtigen Ostmärkte zusammenbrechen würden, wenn die Bundesrepublik den innerdeutschen Handel nicht mehr gefördert, sondern boykottiert hätte, um das ihr sicher unbequeme »Dritte-Weg«-Experiment des anderen Deutschland auf die Knie zu zwingen, wenn die DDR-Bürger in Massen über die nicht mehr militärisch, sondern nunmehr – wie international üblich – polizeilich abgesicherte Grenze in Richtung Westen geströmt wären?

Ist es nach 1990 überhaupt irgend einem Land, das auf einer Alternative zur durch die USA via Weltbank und Internationalen Währungsfonds vorgeschriebenen radikalen Art der Marktwirtschaft beharrte, gelungen, gegen den Willen der größten Wirtschaftsmacht der Welt zu überleben?

Gewiß, China, wird man sagen, aber ein relativ kleines, rohstoffarmes und in die internationale Arbeitsteilung integriertes Land, wie es die DDR war?

Ja, es gab so ein Land: Kuba. Und Kuba hat aus eigener Kraft marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich wirtschaftlich behauptet, obwohl es durch den sich in raschem Tempo vollziehenden Rückzug der Sowjetunion bzw. Rußlands aus seinen

Der französische Außenminister in der New York Times vom 13. März 1990: »Die deutsche Vereinigung kann nur dann erreicht werden, wenn sie von allen europäischen Ländern akzeptiert wird. Aber werden die Sicherheitsstrukturen sowohl stark als auch flexibel genug sein, um dem Schock der deutschen Einheit zu widerstehen?« Die deutsche Vereinigung, S. 145.

Entwurf der Regierung der DDR.: Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik. Ausfertigung vom 17. 1. 1990

Artikel 5: Mit dem Ziel, praktische Solidarität zu üben und soziale Gerechtigkeit zu sichern, streben die Vertragschließenden Seiten an, die Bedingungen für die Lebensqualität in beiden deutschen Staaten anzugleichen. Zu diesem Zweck stellen sie folgende Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer Vertragsgemeinschaft:

»Beide Seiten fördern alle Aktivitäten, die sich in Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen und Bedürfnissen der nationalen und internationalen Märkte befinden ... Sie entwickeln qualitativ neue Formen der Zusammenarbeit und schaffen dafür entsprechende Institutionen.«

Deutsche Einheit, S. 715.

Entwurf der Bundesregierung: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft. Stand: 18.1.1990

Artikel 2: »Die Regierungen .. betrachten angesichts der aktuellen Entwicklung Zusammenarbeit und Annäherung in den Bereichen der Wirtschaft, der gemeinsamen Infrastruktur, des Umweltschutzes, des Rechts sowie im Arbeits- und Sozialwesen als besonders wichtig für die Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft«.

Artikel 3 sieht vor: »Gemeinsame Kommission zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Aufgabe, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln und neue Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erschließen.«
Deutsche Einheit, S. 695/96.

Wirtschaftsverpflichtungen gegenüber Kuba ökonomisch bis ins Mark getroffen wurde. Nur einige wenige Daten sollen das Ausmaß der Bedrohung der kubanischen Wirtschaft zeigen:

Kurz bevor die UdSSR zugrunde ging, erhielt Kuba jährlich 13 Mill. t Erdöl. Moskau strich die vereinbarte Quote 1990/91 auf 3,5 Mill. t. herunter.

Damit die Dimension deutlich wird: Als im Jahre 1981 der Sekretär des ZK der KPdSU für internationale Angelegenheiten Erich Honecker die Nachricht überbrachte, daß die DDR künftig zwei Millionen Tonnen Erdöl weniger im Jahr bekommen würde, übermittelte Honecker an Breshnew die Frage, warum er wegen zwei Millionen Tonnen Erdöl die Existenz der DDR aufs Spiel setzen wolle?

Im Falle Kubas ging es aber um eine Reduzierung um 9,5 Mill. t. Das war kein Rückgang der Öllieferungen um 10 Prozent, wie im Falle der DDR, sondern um 70 Prozent.

Zusätzlich zu den Kürzungen strich Moskau, dessen gewendete Nomenklatura sich für einige Jahre in Washington lieb Kind machen wollte, für die verbleibenden 30 Prozent Öllieferungen noch die vereinbarten Präferenzpreise.

Moskau fuhr sein Handelsvolumen mit Kuba im gleichen Zeitraum von 8,7 Mrd. Dollar auf 3,3 Mrd. Dollar herunter. Kubas Glück war, daß Moskau den Zucker der Karibikinsel weiterhin brauchte. So blieb auf der Basis des Tauschgeschäftes Zucker-Erdöl (drei Tonnen Zucker für eine Tonne Erdöl) für Kuba eine Grundversorgung mit seinem fast einzigen Energieträger bestehen.

Kubas Wirtschaft geriet durch das Wegbrechen seiner Ostmärkte gewaltig ins Schleudern. Denn auch die anderen ex-sozialistischen Länder Europas stiegen aus dem Kuba-Geschäft aus – und zwar total. Das Ergebnis: 85 Prozent des wirtschaftlichen Hinterlandes der Insel, die Präferenzpreise und weichen Kredite, brachen weg.

Es ging abwärts mit der kubanischen Wirtschaft. 1991, 1992 und 1993 waren schlimme Jahre. Das Bruttosozialprodukt Kubas sank auf 65 Prozent ab. Die kubanische Regierung setzte als Notmaßnahme zeitweise die Kredittilgungen und Zinszahlungen auch an seine östlichen Gläubiger aus. (An den Westen waren die Zahlungen bereits im Verlaufe der achtziger Jahre eingestellt worden.) Die kubanische Regierung lud im Sommer 1993 westliche Wirtschaftsexperten nach Kuba ein und führte 1994/95 unter deren Beratung eine Reihe von Wirtschaftsreformen durch, die den Spielraum des Marktes erhöhten, privates Kleingewertum in Handel und Gewerbe sowie den Tourismus belebten und – nach außen die spektakulärste Maßnahme – den Dollar als zweite Währung auf Kuba zuließen.

Zunächst gaben westliche Firmen den als marode geltenden kubanischen Staatsbetrieben kaum Kredite. Um so mehr, als Kuba hundertprozentiges Auslandseigentum nicht duldet, vielmehr auf Joint ventures mit kubanischer Staatsbeteiligung bestand. Doch bei der Verweigerungshaltung blieb es nicht. Bis 1995 entstanden 212 Firmen mit gemischtem Kapital aus 53 Ländern in 30 Wirtschaftszweigen und Investitionen von 2,1 Mrd. Dollar. Mit den geschilderten Maßnahmen konnte ein Kollaps der kubanischen Wirtschaft während der ersten Hälfte der neunziger Jahre verhindert werden.

Damit war die größte aus der Wirtschaft herrührende Gefahr für die weitere Existenz eines politisch und wirtschaftlich selbstbestimmten Kuba vorbei. Seit 1995 beträgt das Wachstum der kubanischen Wirtschaft jährlich beachtliche sechs Prozent.

Bis Mitte der neunziger Jahre war es Kuba gelungen, Handelsbeziehungen mit »Drittstaaten« (jenseits der die Inselrepublik seit Jahrzehnten boykottierenden USA und den ehemals sozialistischen Ländern Europas) aufzubauen, u.a. mit Großbritannien, Frankreich, Schweden, von schon traditionellen »westlichen« Handelspartnern wie Mexiko, Kanada und Spanien, mit denen sich der Handel in den neunziger Jahren ebenfalls vergrößerte, und von der Volksrepublik China einmal abgesehen.

Allerdings sank der Lebensstandard in der Zeit der Umstrukturierung der Wirtschaft auf der Karibikinsel merklich ab. Lediglich das Niveau des Volksbildungs- und des Gesundheitswesens – letzteres mit Abstand das entwickeltste in Lateinamerika – gelang es, aufrecht zu erhalten. Die spürbare Verringerung des Lebensstandards rief unter großen Teilen der kubanischen Bevölkerung eine beträchtliche Unzufriedenheit hervor. Es gab eine Fluchtbewegung per Boot nach Florida, ins »zweite Kuba«, die jedoch – u. a. weil die USA sich in dieser Hinsicht ziemlich rasch verhandlungsbereit zeigten – kanalisiert werden konnte.

Was läßt sich aus dem Schicksal Kubas in den neunziger Jahren für eine selbständig gebliebene DDR – unsere Annahme – schlußfolgern?

Erstens: Bei verbessertem Zugang zum westlichen know how, und sei es nur über Kapitalimport auf der Basis von Joint ventures möglich, wäre es gelungen, die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie der DDR rasch zu erhöhen. Viele der traditionellen Märkte im Westen, die die DDR in den achtziger Jahre bedient hatte, hätte Ostdeutschland halten, manche sogar ausbauen können.

Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur die Joint-Venture-Angebote ins Gedächtnis zu rufen, die im Februar/März 1990 im Wirtschaftsministerium der Modrow-Regierung eingingen und die später aufgrund der Treuhandprivatisierung fast durchweg durch Totalaufkäufe, teilweise auch zum Zwecke der Vernichtung von DDR-Konkurrenz, ersetzt wurden. Die DDR hätte für den technologischen Aufholprozeß ihre ingenieurtechnische und wissenschaftlich-technische Elite und für die wirtschaftliche Umstrukturierung ihre Manager einsetzen können, die in den neuen Ländern nach 1990 bekanntlich überwiegend entlassen wurden.

Einen Boykott der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik – gewissermaßen als Strafe für die Weiterexistenz eines zweiten deutschen Staates etwa – hätte keine Bundesregierung durchsetzen können. Die großen Konzerne und kleineren mittelständischen Unternehmen hätten einen solchen Boykottaufruf de facto mit Hinweis auf die französische, britische, schwedische usw. Konkurrenz ignoriert. Sicher wären auch die Regierungen dieser Länder, vor allem Frankreichs und Großbritanniens, nicht abgeneigt gewesen, entsprechende Absichten ihrer Wirtschaftsuntertanen zu unterstützen, denn es gab kaum ein europäisches Land, dem zwei Deutschlands nicht lieber gewesen wären als ein vereintes.

»Ranking« der DDR-Wirtschaft 1989: «Gemessen am Volumen der Industrieproduktion nimmt die DDR in der Welt den 15.-17. Platz, in Europa den 8.-9. Platz und im RGW den 3. Platz ein. Beim Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung steht die DDR auf dem 14.-16. Platz in der Welt, in Europa auf dem 8.-9. Platz und im RGW auf dem 1. Platz. Beim absoluten Umfang des produzierten Nationaleinkommens nimmt die DDR in der Welt den 16.-18. Platz, in Europa den 9.-10. Platz und im RGW den 4. Platz ein.» Internes Material der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 29.8.1989. Zitiert in: Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? (hefte zur ddr-geschichte 52) Berlin 1998, S. 52.

Die Regierung der DDR unterstützt und fördert die Gründung und die Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf dem Territorium der DDR. Unternehmen sollen im Interesse ihrer Stabilität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dann gegründet werden, wenn sie gegenüber sonstigen im internationalen Wirtschaftsverkehr üblichen Formen der Wirtschaftskooperation eine effektivere Lösung der Aufgaben in den Bereichen der Forschung und Entwicklung, der Produktion und des Absatzes, der Dienst- und Versorgungsleistungen sowie des Umweltschutzes gewähren.« Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR vom 25. 1. 1990, in: Gesetzblatt der DDR I 1990, Nr. 4 .

»Nachdem die Bundesregierung bewußt einen Aufwertungsschock herbeigeführt hat, indem sie die DM nicht zu einem Umtauschsatz von 1:4 oder 1:5, wie es der Marktbewertung ungefähr entsprochen hätte, einführt, sondern zu dem »unrealistischen« Satz von 1:1,8, darf sie sich nicht wundern, wenn statt des erhofften Wirtschaftswunders das Gegenteil eintritt – eine Wirtschaftskatastrophe. Dasselbe wäre ja auch in Westdeutschland eingetreten, wenn man die DM ähnlich brutal und über Nacht zum US-Dollar aufgewertet hätte.«

Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung, Berlin 1993, S. 22.

(Der Autor leitete unter Karl Schiller die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium.)

» Es ist wohl eine Schutz- und Zweckbehauptung, wenn gesagt wird, die 49-Prozent-Klausel hätte Investoren abgeschreckt. Mir ist kein einziger solcher Fall bekannt. Im Gegenteil! Firmen mit echten Investitionsabsichten haben daran keinerlei Anstoß genommen. Die Volkswagen AG und die Lufthansa waren dafür renommierte Beispiele.«
Christa Luft: Zwischen Wende und Ende, Berlin 1991, S. 120.

Was läßt sich aus der kubanischen Entwicklung weiterhin schlußfolgern?

Zweitens doch wohl, daß es auch einer selbständig gebliebenen DDR möglich gewesen wäre, das Wegbrechen der Ostmärkte zu überleben. Wie Kuba hätte auch die DDR ein bestimmtes Volumen des Handels mit Rußland aufrechterhalten können. Das betrifft mindestens den Naturalaustausch von Ersatzteilen für die umfangreichen, aus der DDR gelieferten Anlagen auf fast allen Gebieten des Verarbeitungsmaschinenbaus bis hin zu mikroelektronischen Steuerungen z.B. in der sowjetischen Autoindustrie, gegen Lieferung der von der verarbeitenden Industrie der DDR benötigten Rohstoffe und Halbfertigwaren aus der Sowjetunion bzw. Rußland.

Drittens: Um die Rückzahlung ihrer Schulden in Hartwährung wäre die DDR prinzipiell nicht herumgekommen. Wohl aber wäre ein Schuldenmoratorium möglich gewesen, eine Umschuldung, spätestens erzwungen durch die Drohung einer einseitigen Einstellung der Bedienung der Schulden durch die DDR-Regierung. Die Hoffnung der internationalen Gläubigerkonsortien von einer DDR, der es nach zugebilligten deutlichen finanziellen Erleichterungen wirtschaftlich wieder besser geht, Zins- und Tilgungszahlungen zu erhalten, wäre größer gewesen, als die Versuchung, die DDR-Wirtschaft ausbluten zu lassen mit der Ungewißheit, ob und wann man überhaupt Gelegenheit haben würde, die Schulden einzutreiben. Die ganze Geschichte der Auslandsverschuldung seit 1990 zeigt, daß am Schuldenmachen die Wirtschaft keines Staates zugrunde gegangen ist. Man denke nur an Mexiko 1994/95 oder an Thailand, Südkorea, Indonesien u.a. von der Asienkrise betroffene Länder 1997/98.

Was die Bundesregierung betrifft, so hätte sie vielleicht sogar eher als andere auf ein Moratorium gedrängt und neue Kredite ausgereicht. Denn schließlich hätte die Gefahr bestanden, daß bei einer drastischen (weiteren) Verschlechterung der Wirtschaftslage Ostdeutschlands durch Kreditboykott der Staat DDR möglicherweise unregierbar geworden wäre und die Gefahr einer massenhaften »wildem« Emigration von DDR-Bürgern in den Westen gedroht hätte. In einem ganz ähnlich gelagerten Falle, der zweiten mexikanischen Schuldenkrise 1994/95, hat die USA aus Angst vor dem Sturm auf die amerikanischen Grenzbefestigungen am Rio Grande durch hungernde und verzweifelte Mexikaner 40 Mrd. Dollar locker gemacht, um eine Wirtschaftskatastrophe zu verhindern. Das war mehr, als ganz Osteuropa (die Ex-DDR einmal ausgenommen) nach 1990 als Wirtschaftshilfe aus dem Westen erhalten hat! Hätte die Bundesregierung in einem ähnlich gelagerten Falle anders gehandelt als die USA? Doch wohl kaum.

Viertens: Hinsichtlich der Ausreisewilligen aus der DDR wäre es höchstwahrscheinlich relativ rasch, noch bevor in der DDR nicht reparable Verluste an Humankapital eingetreten wären, zu einem Modus vivendi mit der Bundesrepublik gekommen. Die hätte sich nämlich unter Druck *ihrer* Bevölkerung befunden, nicht in großer Zahl Menschen aus Ostdeutschland aufzunehmen, die – anders als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – nunmehr in ihrer Mehrheit überflüssige Arbeitskräfte darstellten. Ob die Regierungen der

beiden deutschen Staaten bei dieser Gelegenheit übereingekommen wären, eine begrenzte Auswanderung aus der DDR in die Bundesrepublik, wie im Falle der USA und Kubas mit Hilfe einer Lotterie geregelt, zu gestatten, oder ob man eine andere, weniger »amerikanische« Lösung gefunden hätte, die einerseits der Ideologie genügt und andererseits in der Praxis nicht weh getan hätte, kann dabei der Phantasie des Lesers überlassen bleiben.

Man könnte bei der Übertragung von Kubas Entwicklung nach 1990 auf die DDR noch fortfahren und weitere Ermutigungen für eine wirtschaftliche Weiterexistenz der DDR finden. An dieser Stelle soll darauf verzichtet, aber noch auf das wohl wichtigste Gegenargument eingegangen werden, das folgendermaßen lautet: Die – in Analogie zur kubanischen Entwicklung zu erwartende – deutliche Verringerung des Lebensstandards hätte die DDR-Bevölkerung nicht mitgemacht und den Staat DDR nicht länger ertragen.

Die Gegenfrage lautet: Warum eigentlich nicht?

Deutliche Verluste beim Lebensstandard haben nach 1990 außer den Kubanern auch Tschechen, Slowaken, Ungarn und Polen, hinnehmen müssen, um nur von den nahen östlichen Nachbarn der DDR zu sprechen. Wenn alle diese Völker, warum sollten sich nicht die DDR-Bürger – zähneknirschend freilich – mit einer Verringerung ihres Versorgungsstandards abgefunden haben, zumal die konvertierbare Mark Pauschalreisen ins westliche Ausland – heute das wohl wichtigste Opium für das immer noch oder schon wieder unzufriedene (Ex)-DDR-Volk – nach vollzogener Konvertierung der DDR-Mark zu einem ökonomisch vernünftigen Kurs von der DDR-Wirtschaft genau so verkraftet worden wäre, wie etwa von der Ungarns oder Polens.

Mit Hilfe der vergleichenden Methode läßt sich mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit nachweisen: Die DDR-Wirtschaft war ungeachtet ihrer – international betrachtet übrigens keineswegs sensationell hohen – äußeren Verschuldung, bei weitgehendem Verlust der Ostmärkte, selbst bei einer unfreundlichen Haltung der Bundesregierung bezüglich der Entwicklung des deutsch-deutschen Handels, bei der Notwendigkeit, hauptsächlich auf dem westlichen Weltmarkt zu agieren und selbst angesichts eines Rückgangs des Lebensstandards in der DDR nicht kollabiert.

Das läßt eine ganz neue Interpretation jenes »windows of opportunity« zu, das von Helmut Kohl und Dietrich Genscher im ersten Halbjahr 1990 und auch noch später bis heute so oft und gern zitiert wurde. Das Jahr 1990 war – aus der Perspektive des vergleichenden Wirtschaftshistorikers betrachtet – offensichtlich für den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik eine einmalige Gelegenheit. Hätte man sie versäumt, gäbe es heute noch einen zweiten deutschen Staat mit einer staatlich regulierten Marktwirtschaft mit deutlich sozialer Komponente. Vielleicht hätte sich – dies ist allerdings eine durch den vorgenommenen Vergleich nicht gedeckte Spekulation – in der jüngsten Auseinandersetzung um das Modell der Wirtschaft der Bundesrepublik – mehr sozial oder mehr marktradikal – nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine durchgesetzt.

»Warum mußte man z.B. die Handelsorganisationen nach Westen privatisieren, wo doch mit den Westhändlern fast zwangsläufig auch die dort üblichen Westwaren kamen? Warum mußte man Grundstücke für die Produktionsstätten so teuer – in der Regel über den heutigen Verkehrswerten – bewerten? Warum die oft tüchtigen Ostmanager aus politischen Gründen ablösen? Vieles hätte man sicher besser machen können.«

Klaus von Dohnanyi:
Die Weisheit des Marktes überschätzt, in: Die Zeit 44/99, S. 14/15.

»In der Wirtschaft dürfte sich in nächster Zukunft bei weiterem Personalabbau in den mittleren Unternehmen sowie anhaltender Differenzierung bei den kleinen Unternehmen, einschließlich der (ausgegliederten) Forschungs-GmbH nur eine begrenzte Basis von innovativen Unternehmen und kleinen FuE-Abteilungen halten bzw. gut entwickeln können.«

Werner Meske (Leiter der Forschungsgruppe Wirtschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin): Wissenschaft und Industrie im Osten, in: WZB-Mitteilungen 66/1994, S. 62.